

Michael Däumer	Außenstelle Madrid
----------------	-----------------------



30. Mai 2007

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Analyse der Kommunal- und Regionalwahlen in Spanien vom 27. Mai 2007

Die PP hat Stimmen gewinnen können, die PSOE regionale Macht hinzugewonnen. So lässt sich das Wahlergebnis der spanischen Regional- und Kommunalwahlen 2007 zusammenfassen. Damit können die beiden großen Volksparteien ein Stück des Sieges für sich reklamieren. Während für die PP das Wahlergebnis Mariano Rajoy den Weg zum Amt des Ministerpräsidenten ebnet, hat für die PSOE der amtierende Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero seine Machtbasis stabilisieren und teils ausbauen können. Die Wahlergebnisse geben viel Anlass zu Spekulation und zeigen vor allem eins: Die politischen Machtverhältnisse in Spanien sind offener denn je.

Ausgangslage

Insgesamt waren am 27. Mai 2007 über 35 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, in 13 der 17 Autonomen Regionen (außer im Baskenland, in Galicien, Katalonien und Andalusien) sowie in den beiden in Nordafrika gelegenen Exklaven Ceuta und Melilla die Regionalparlamente, sowie im ganzen Land 8.078 Bürgermeister und 66.162 Gemeinderäte zu wählen. Unter den Wahlberechtigten befanden sich 334.594 in Spanien lebende Ausländer aus den Staaten der EU und aus Norwegen sowie 1.168.638 im Ausland lebende Spanier. Damit waren 706.598 Menschen mehr zur Wahl aufgerufen als bei den letzten Regional- und Kommunalwahlen im Jahr 2003. Insgesamt 1.381.929 Jungwähler konnten zum ersten Mal ihre Stimme abgeben.

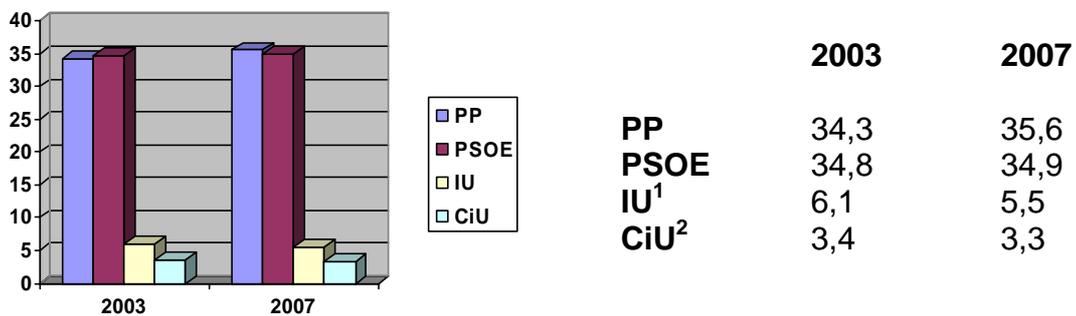
Von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten 63,8 Prozent der Wahlberechtigten, was einem Rückgang von 3,9 Prozentpunkten im Vergleich zu 2003 bedeutet. Von den abgegebenen Stimmen waren 3,1 Prozent entweder Enthaltungen, so genannte „blancos“ bzw. ungültige Wahlzettel.

Die Ergebnisse im Einzelnen

Kommunalwahlen

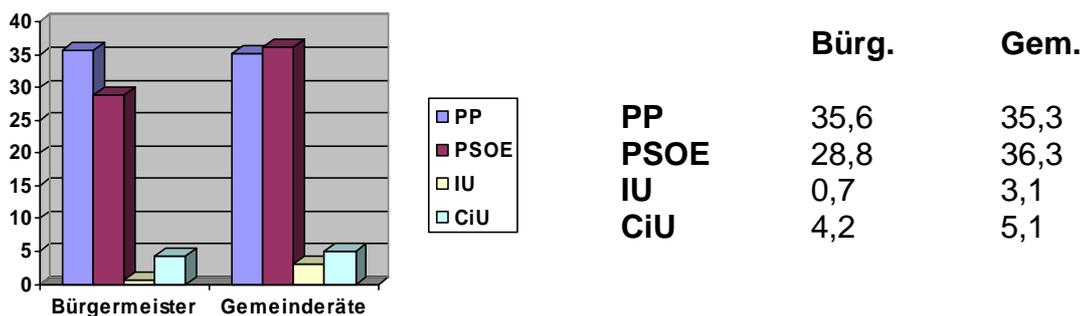
Bei den Kommunalwahlen konnte die konservative Volkspartei (PP) bezüglich der absoluten Wahlstimmen knapp die Mehrheit vor der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) von Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero erreichen. Dies ist der erste Wahlsieg der PP in Gesamtspanien seit dem Sieg der Volkspartei bei den nationalen Wahlen im Jahr 2000 unter der Führung von José María Aznar. Im Einzelnen verteilten sich die Stimmen wie folgt auf die wichtigsten Parteien (in Prozent):

Grafik 1:



Bei der Anzahl der Bürgermeister konnte die PP die PSOE deutlich auf den zweiten Platz verweisen. Umgekehrt verhält es sich bei den Stadt- und Gemeinderäten. Hier konnte die PSOE rund einen Prozentpunkt mehr als die PP erreichen. Aus der Grafik 2 wird das Abschneiden der vier wichtigsten Parteien (in Prozent) bezüglich Bürgermeister (Bürg.) und Gemeinderäten (Gem.) ersichtlich:

Grafik 2:



Die PP feierte ihre größten Erfolge in den Städten Madrid und Valencia, wo sie ihre absolute Mehrheit noch einmal deutlich ausbauen konnte. In Madrid-Stadt erreichte die Volkspartei unter ihrem beliebten Spitzenkandidaten und wieder gewählten Bürgermeister Alberto Ruiz-Gallardón mit 55,4 Prozent der Stimmen das beste Ergebnis seit ihrer Gründung. Im Vergleich zu den letzten Kommunalwahlen aus dem Jahr 2003 bedeutet dies eine Verbesserung von über vier

¹ Izquierda Unida (IU), Vereinigte Linke, kommunistisch

² Convergència i Unió, liberal-christdemokratisch, Katalonien

Prozent. In Valencia-Stadt konnte die PP, angeführt von ihrer Spitzenkandidatin und Amtsinhaberin Rita Barberá, sogar 56,7 Prozent der Wählerstimmen erreichen, eine Verbesserung von rund 5,5 Prozentpunkten im Vergleich zur letzten Wahl. Die PSOE rutschte in Madrid unter ihrem Spitzenkandidaten und dem engen Zapatero-Vertrauten Miguel Sebastián, von 36,6 auf 31,5 Prozent ab und legte in Valencia um knapp drei Prozentpunkte auf 33,8 Prozent zu. Insgesamt konnte die PP in 32 Provinzhauptstädten die Rathäuser gewinnen, während die PSOE die Wahlen in 16 für sich entschied. In den meisten wichtigen Städten änderte sich nichts Wesentliches an den politischen Kräfteverhältnissen. Es gab jedoch auch einige Ausnahmen.

Im andalusischen Marbella, das bisher eine Hochburg der Sozialisten war, wird künftig die PP allein regieren. Die von einem Korruptionsskandal erschütterte Stadt konnte auf Anhieb von der PP-Kandidatin Angeles Muñoz, die PP-Vorsitzender Mariano Rajoy selbst ausgesucht hatte, gewonnen werden, obwohl die PSOE mit Paulino Plata ein politisches Schwergewicht ins Rennen geschickt hatte. Dafür verlor die PP überraschend ihre absolute Mehrheit in der andalusischen Stadt Jaén. Auch in der Hauptstadt von Castilla-La Mancha, Toledo, musste die PP eine Niederlage hinnehmen. In beiden Städten wird es voraussichtlich zu einer Koalition zwischen PSOE und der kommunistischen Vereinigten Linken (IU) geben. Selbst in der katholisch geprägten Hauptstadt von La Rioja, Logroño, welche bisher eine konservative Bastion der PP darstellte, müssen die Konservativen voraussichtlich den Bürgermeisterposten räumen. Die Sozialisten werden wohl zusammen mit einer Regionalpartei künftig die Stadtpolitik in Logroño bestimmen. Auch in Las Palmas, der Hauptstadt von Gran Canaria auf den Kanarischen Inseln, konnten die Sozialisten die absolute Mehrheit im Stadtrat erreichen und so die bisherige PP-Mehrheit brechen.

In Sevilla (Andalusien) ersetzte hingegen die PP die PSOE knapp als stärkste Kraft. Ausschlaggebend für die Koalitionsbildung ist die Dritt platzierte IU. In Córdoba (ebenfalls Andalusien) löste die PP die IU als stärkste Fraktion im Stadtrat ab. Dennoch reicht dies nicht, um künftig den Bürgermeister zu stellen. Es wird eine Wiederauflage der bisherigen Koalition zwischen IU und PSOE erwartet, so dass Bürgermeisterin Rosa Aguilar von der IU ihren Posten im Rathaus wahrscheinlich behalten wird. In Guadalajara und Cuenca (beide in der Region Castilla-La Mancha), die bisher von der PSOE regiert wurden, konnte die PP eine absolute Mehrheit im Stadtrat gewinnen.

Die Sozialisten feierten ihren wichtigsten Sieg in der katalanischen Hauptstadt Barcelona, wo sie zwar gut dreieinhalb Prozent verloren, aber mit 29,9 Prozent stärkste Kraft vor dem liberal-christdemokratischen Parteienbündnis Konvergenz und Union (CiU) wurden, die sich von 21,4 auf 25,4 Prozent verbessern konnte. Die PP erreichte 15,6 Prozent der Stimmen und belegte den dritten Platz an den Urnen. Der sozialistische Spitzenkandidat Jordi Hereu wird damit wohl Bürgermeister Barcelonas bleiben. Mit einem Zugewinn von über vier Prozent konnte CiU-Bürgermeisterkandidat Xavier Trías jedoch mehr als nur einen Achtungserfolg erzielen und für seine Partei drei neue Stadträte hinzugewinnen. In Gesamt-Katalonien büßten die katalanischen Sozialisten rund 1,8 Prozent ein, wurden jedoch mit 32,2 Prozent der Stimmen erneut stärkste Kraft und konnten mit dem Gewinn des Bürgermeisteramtes in Tarragona auch die letzte

der katalanischen Provinzhauptstädte für sich gewinnen. Der Verlust des Bürgermeisterpostens in Tarragona ist das schmerzlichste Ergebnis für CiU. Ansonsten konnte die Regionalpartei in Gesamt-Katalonien einen knappen Prozentpunkt zulegen und verbuchte insgesamt 25,2 Prozent der Wählerstimmen. Der auf Gesamt-Spanien bezogene Stimmenverlust von CiU von 3,4 auf 3,3 Prozent (vgl. Grafik 2) erklärt sich dadurch, dass die Wahlbeteiligung in Katalonien mit lediglich 53,8 Prozent (2003: 56,0 Prozent) rund zehn Prozentpunkte unter dem spanischen Durchschnitt lag.

Im Baskenland erreichte die offen von Batasuna unterstützte linksextreme Partei „Nationalistische Baskische Aktion“ (ANV) in 126 Gemeinden politische Repräsentation. In 25 Gemeinden davon wird sie aller Voraussicht nach den Bürgermeister stellen. Leidtragender dieses Ergebnisses war vor allen die Baskische Nationalistenpartei (PNV). Die nationalistisch-christdemokratische Partei verlor fast vier Prozent, verteidigte mit 31,12 Prozent jedoch ihre Position als stärkste Kraft.

Regionalwahlen

Bei den Regionalwahlen musste die Volkspartei einige empfindliche Rückschläge einstecken. Auf den Balearen verlor die PP mit 46 Prozent der Stimmen und 28 von 49 Abgeordneten im Regionalparlament denkbar knapp ihre absolute Mehrheit. Regionalpräsident Jaume Matas, der unter Korruptionsverdacht steht und hauptsächlich auch deswegen Stimmen eingebüßt hat, kann nur weiterregieren, wenn er eine Koalition mit einer der zahlreichen mallorquinischen Regionalparteien bildet. Die PSOE erreichte 27,2 Prozent und könnte, falls ihr eine Vielparteienkoalition mit den verschiedenen Klein- und Kleinstparteien gelingt, mit Francesc Antich den nächsten Regionalpräsidenten stellen.

Ähnlich sieht die Situation in Navarra aus. Hier wurde UPN, der regionale Zweig der PP, mit 42,2 Prozent der Stimmen zwar deutlich stärkste Kraft, kann aber durch eine Koalition aus PSOE, dem Parteienbündnis Nafarroa Bai (bestehend aus den nationalistischen Parteien PNV, Aralar, Batzarre und Eusko Alkartasuna) und der Linkspartei IU von der Regierung verdrängt werden. Gegenwärtig scheint die letzte Option nicht realistisch, glaubt man der PSOE, die bekannt gegeben hat, dass sie mit den nationalistischen Parteien unter Duldung der Batasuna-nahen ANV nicht koalieren möchte. Die UPN wäre dann wieder am Zug, aber es gibt erste Anzeichen, dass die PSOE bereits hinter den Kulissen verhandelt. Der Mehrheitsverlust für die UPN ist der Tatsache geschuldet, dass sich die kleinen Regionalparteien erstmals zu einem Wahlbündnis zusammengeschlossen haben. Damit wurde eine Zersplitterung der nationalistischen Wählerstimmen vermieden, allerdings zulasten der regierenden UPN.

Einen deutlichen Wahlsieg konnte die PSOE auf den Kanarischen Inseln verbuchen. Hier wurden die Sozialisten mit rund 34,7 Prozent der Stimmen stärkste Kraft und verdrängten damit die Regionalpartei Coalición Canaria (CC). Zwei Faktoren trugen zum Wahlsieg der Sozialisten bei: Zum einen hatte die PSOE mit Juan Fernando López Aguilar einen überaus populären Spitzenkandidaten. Er hatte eigens zu diesem Zweck seinen Posten als Justizminister unter Zapa-

tero aufgegeben, zwar widerwillig, aber dennoch mit der Hoffnung, endlich einen Sieg der Sozialisten herbeiführen zu können. Zum anderen hatte der kanarische Regionalpräsident Adán Martín von der CC das Handtuch geworfen, nachdem ihm schwere Verfehlungen bei der Handhabung des Flüchtlingsproblems auf den Kanaren angelastet wurden. Zwar ist rechnerisch eine Wiederaufgabe der Regierungskoalition aus PP und CC möglich, es gilt jedoch als eher wahrscheinlich, dass CC eine Koalition mit der PSOE eingehen wird, denn für gewöhnlich koalitiert die CC mit der Partei, die auf nationaler Ebene in Madrid regiert. Zudem hat der PP-Spitzenkandidat José Manuel Soria bereits angedeutet, keine Koalition mit der CC eingehen zu wollen. Persönliche Konsequenzen aus seiner Niederlage will der PP-Politiker jedoch nicht ziehen.

Ansonsten gelang es PP und PSOE, ihre Provinzen zu halten. Die PP konnte in den Regionen Madrid, Comunidad Valenciana, Castilla y León, Murcia, La Rioja sowie den spanischen Exklaven in Nordafrika, Ceuta und Melilla, ihre absolute Mehrheit und in Cantabria ihre relative Mehrheit verteidigen. Die PSOE wiederholte ihre absolute Mehrheit in Castilla-La Mancha und Extremadura und ihre relative Mehrheit in Aragón und Asturias.

Besonders erwähnenswert ist auch hier der PP-Triumph in der Region Madrid. Regionalpräsidentin Esperanza Aguirre (PP) fuhr mit 53,3 Prozent das beste Ergebnis für Madrid seit den ersten Regionalwahlen Anfang der achtziger Jahre ein. Dies bedeutet eine Verbesserung von noch einmal knapp fünf Prozent gegenüber der letzten Wahl. In der Autonomen Region von Valencia konnte Regionalpräsident Francisco Camps ebenfalls rund fünf Prozent zulegen und mit 52,3 Prozent einen überragenden Sieg einfahren.

Der Wahltag

Insgesamt lief der Wahlprozess ruhig und ohne Zwischenfälle ab. Eine Ausnahme waren einmal mehr die baskischen Kommunalwahlen, bei denen in rund der Hälfte der Gemeinden die Batasuna-nahe ANV zugelassen war. Meist jugendliche Sympathisanten von ANV und Batasuna störten Kandidaten von PP, PSOE PNV und IU bei der Wahlabgabe und protestierten mit Transparenten gegen die Nicht-Zulassung vieler linksextremer Listen, bei denen die Justiz eine direkte Verbindung zu ETA/Batasuna erkannt hatte. Bei der Stimmabgabe des PNV-Vorsitzenden Josu Jon Imaz begleiteten ihn Sprechchöre extremistischer Jugendlicher, die ihm „Wahlbetrug“ vorwarfen. Der Bürgermeister von San Sebastián, der Sozialist Odón Elorza, musste auf dem Weg zur Urne einen Demonstranten wegdrängen, der ihn mit einem Transparent blockierte. Der Spitzenkandidat der kommunistischen „Vereinigten Linken“, Javier Madrazo, wurde von einer Gruppe Jugendlichen bedrängt, so dass er von seinen Bodyguards verteidigt werden musste. Die Auseinandersetzung endete in einem Handgemenge. Der Wahltag war somit das letzte Glied in einer Kette von „kale borroka“ (Straßenkrawallen) seitens der ETA-nahen Linken, das sich durch den gesamten Wahlkampf gezogen hatte.

Der Wahlkampf

Auch wenn die beiden großen spanischen Volksparteien PP und PSOE sich im Wahlkampf immer wieder zu Gute hielten, im Gegensatz zum politischen Gegner selbst die gemäßigte politische Kräfte zu sein, war von Mäßigung in der politischen Auseinandersetzung wenig zu spüren. Statt einer ernsthaften Diskussion glich der Wahlkampf einer politischen und persönlichen „Schlamm-schlacht“. Statt Argumenten tauschten Regierung und Opposition meist gegenseitige Vorwürfe und Beleidigungen aus. Diese standen insbesondere in Zusammenhang mit dem juristischen und politischen Gezerre um die Teilnahme der Partei ANV und das Verbot weiterer extremistischer Wahllisten anderer kleiner Splitterparteien bei den Kommunalwahlen im Baskenland. Viele wichtigen Probleme Spaniens und insbesondere kommunale und regionale Themen fanden im Wahlkampf nicht statt. Beide großen Parteien setzten hingegen vor allem auf nationale Themen wie die Bekämpfung des ETA-Terrorismus, die Konsequenzen der neuen Autonomiestatuten für die territoriale Einheit Spaniens und die mannigfaltigen Korruptionsskandale in der letzten Zeit in Spanien.

Die PP erklärte die Urnengänge zu „Testwahlen“ für die spätestens im März 2008 stattfindenden Parlamentswahlen und ließ verlauten, eine Stimme für die PP sei eine „Stimme gegen ETA“. Die sozialistische Partei griff im Wahlkampf auf mittlerweile veraltete Themen zurück, die sie bei den Parlamentswahlen 2004 völlig überraschend an die Regierung gebracht hatten – den Irak-Krieg und die Bombenanschläge vom 11. März 2004 („11-M“) in Madrid. In einem umstrittenen Wahlwerbespot rief die PSOE unter Einspielung von Bildern des Kriegselendes im Irak zur Stimme „für die Wahrheit“ und „gegen die Lüge“ auf, der man implizit den politischen Gegner bezichtigte. Diese Taktik hatte Regierungschef Zapatero bisher genutzt. In all seinen Reden, vor allem öffentlichkeitswirksam im Parlament, betonte er, man könne einer „Lügenpartei“ wie der PP nicht vertrauen, denn sie habe sich im Zusammenhang mit den Anschlägen immer wieder in Lügen verstrickt. Spätestens aber seit dem Bombenanschlag der ETA auf dem Madrider Flughafen Barajas vom 30. Dezember 2006, der erstmals seit 2002 zwei Menschen das Leben kostete, hat auch Zapateros Regierung Vertrauen eingebüßt. Auf diese Weise fand das Wahlkampfthema Irak und „11-M“ nur noch wenig Anklang beim Wahlvolk. Der Ministerpräsident konnte damit zwar seine eigene Wählerschaft anheizen, die zahlreichen Nichtwähler, die ihn 2004 an die Macht gebracht hatten, ließen sich so aber nicht mehr mobilisieren. Die Themen bestärkten höchstens die Stammwähler der jeweiligen Parteien, ihre Stimme ihrer eigenen Partei zu geben. Damit war Zapatero letztendlich nicht geholfen und seine Taktik wirkte eher kontraproduktiv. Ebenso erging es dem Thema „crispación“, die politische und gesellschaftliche Spaltung und Polarisierung der spanischen Bevölkerung. Zapatero ließ keine Gelegenheit aus, der PP die heftige Polarisierung in Spanien vorzuwerfen. Deshalb warb er stets um eine „Stimme gegen die ‚crispación‘“, als trage die PSOE keine Schuld an der politischen Polarisierung in Spanien.

Besonders in der letzten Woche der Kampagne zogen Politiker beider Seiten alle Register. Um einen Eindruck vom geringen Niveau der Auseinandersetzung zu vermitteln, sei es hier erlaubt, eine Aussage von Ex-Ministerpräsident José

María Aznar und die Reaktionen darauf wiederzugeben. Sich auf die Antiterrorpolitik Zapateros beziehend, hatte Aznar bei einem Wahlkampfauftritt in Zaragoza wenige Tage vor der Wahl erklärt: „Zapatero hat erreicht, dass die eine Hälfte Spaniens die andere Hälfte nicht akzeptiert. Das politische Szenarium, das uns vor 70 Jahren in das schlimmste Ereignis unserer Geschichte³ geführt hat, wird jetzt wieder belebt. Ich bitte Sie, das bei dieser Wahl nicht zu vergessen. Jede Stimme, die nicht an die PP geht, wird benutzt werden, um diese Politik der Ausgrenzung zu stärken“. Zudem sagte Aznar, jede Stimme für die PSOE sei eine Stimme für ETA. Diese Wahlkampfaussage Aznars stieß aber nur auf wenig Gegenliebe bei vielen Parteigängern der PP. Parteichef Mariano Rajoy, bemüht um ein gemäßigtes Image seiner Partei, unterließ jegliche Wiederholung des Satzes und verbot intern der Parteiführung strikt, sich der Aussage Aznars anzuschließen.

Die empörten Reaktionen der politischen Gegner ließen nicht lange auf sich warten. Ministerpräsident Zapatero sagte, man könne an den Wahlurnen eine wirksame Antwort auf die „Beleidigungen“ Aznars geben. Die Bürger sollten gegen die „Intrigen“ der PP wählen. Offensichtlich, so der Ministerpräsident, sei der größten Oppositionspartei „alle Mittel“ recht. Patxi López, Generalsekretär der baskischen PSOE und in der Vergangenheit immer wieder dadurch in die Schlagzeilen geraten, dass er eine Teilnahme der verbotenen Partei Batasuna an den Wahlprozessen forderte, nannte die Aussagen Aznars „unanständig und erbärmlich“. PSOE-Organisationssekretär José Blanco bezeichnete Aznar als „Krankheit“, gegen die sich die Bürger „impfen“ sollten. Gaspar Llamazares, Vorsitzende IU, sagte gar, die „Rechten“ hätten vor lauter Verzweiflung den „neofrankistischen Frührentner“ Aznar aus der „Truhe der Vergangenheit“ gezogen.

Aber auch einige Persönlichkeiten der PP standen dem rhetorisch kaum etwas nach. So warf Eduardo Zaplana, Fraktionsvorsitzender der PP im Kongress, Justizminister Bermejo „faschistischen Radikalismus“ vor, da er den Wahlauschluss von ANV-Listen und anderer Batasuna-naher Kräfte für die Gewalt in den baskischen Straßen verantwortlich gemacht hatte. Zudem sagte Zaplana, man müsse „schon verrückt“ sein, um eine Meinung wie die des Justizministers zu vertreten.

Angeheizt wurden die Polemik und die Auseinandersetzung zwischen beiden politischen Lagern durch die spanischen nationalen Tageszeitungen. In der heißen Phase ließen sie ihre auch normalerweise schon wenig ausgeprägte Objektivität fast gänzlich fallen und machten schlichtweg selbst Wahlkampf. Die konservativen und liberalen Zeitungen „ABC“, „El Mundo“ und „La Razón“ schlugen sich auf die Seite der PP, die größte Tageszeitung „El País“ auf die Seite der PSOE. Es kam vor, dass Debatten zwischen Spitzenkandidaten hinsichtlich ihres Gewinners je nach politischer Orientierung der Zeitung völlig anders bewertet wurden oder dass beispielsweise „El País“ einen angeblichen Korruptionsskandal eines PP-Lokalpolitikers als Aufmacher auf der ersten Seite

³ Viele sahen in dieser Aussage eine eindeutige Anspielung auf den spanischen Bürgerkrieg (1936-1939). Darauf später angesprochen, wollte Aznar nicht bestätigen, sich auf diesen beziehen zu haben.

präsentierte, während er in keiner der PP-nahen Zeitungen überhaupt Erwähnung fand.

In einem solch aufgeheizten Klima hatte es PP-Chef Mariano Rajoy enorm schwer, besonnene Töne anzuschlagen und seine eigene Partei auf einen Kurs der politischen Mitte einzuschwören. Eine Initiative, dies zu erreichen, war der Versuch, mit dem Thema „Rückkehr zu den Werten“ die Wähler zu den Urnen bringen. Dieses Thema, welches nach dem Wahlsieg von Nicolas Sarkozy in Frankreich schnell aus der Taufe gehoben wurde, kam jedoch nicht mehr zum Zuge, nachdem der Streit zwischen Regierung und Opposition über die Wahllisten der Batasuna-Frontpartei ANV im Baskenland eskaliert war. ETA und ANV wurden zum bestimmenden Thema der Hauptwahlkampfphase, wobei die PSOE zeitweilig unter Druck geriet. Zu diesem Druck trug auch die Ankündigung der Gründung einer neuen Partei bei. In der letzten Woche vor den Wahlen erklärten kritische Sozialisten unter Führung der Europaabgeordneten Rosa Díez, diesen Schritt aus Protest gegen die Zapatero-Strategie der Verhandlungen mit ETA/Batasuna gehen zu wollen.

Beim Wahlkampfabschluss seiner Partei versuchte Mariano Rajoy noch einmal, seine Partei auf einen zentristischen und gemäßigten Kurs einzuschwören. Er versprach einen „ruhigen aber unaufhaltsamen Wandel“ in Spanien, welcher ihn in den Regierungssitz Moncloa führen werde. Wissend, dass sich Wahlen meist im politischen Zentrum entscheiden, bezeichnete er sein politisches Projekt als „Projekt des moderaten Zentrums“.

Reaktionen auf das Wahlergebnis

Das Ergebnis der Regional- und Kommunalwahlen am 27. Mai war von den meisten Umfrageinstituten erwartet worden. Insofern blieben große Überraschungen aus. PP-Chef Mariano Rajoy sieht seinen Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten bei den spätestens im März 2008 stattfindenden Parlamentswahlen durch den Gesamt-Wahlsieg seiner Partei untermauert. Vom Balkon der Parteizentrale rief er seinen jubelnden Anhängern zu: „Vor sieben Jahren, bei den nationalen Wahlen 2000, war die PP die stärkste Partei Spaniens. Heute, sieben Jahre später, ist die PP wieder die stärkste Partei Spaniens.“ Immer wieder wurde seine Rede durch Rufe „Rajoy presidente“ unterbrochen. Der Gefeierte rief weiter zur Mäßigung auf und betonte den gemäßigten Charakter seiner Partei: „Diese Partei ist für alle offen“, so der PP-Chef. „In ihr haben alle besonnenen und vernünftigen Menschen Platz, die an Spanien glauben und daran, dass es eine Nation von freien und gleichen Bürgern ist. In ihr haben alle Platz, die an die Solidarität, an den Zusammenhalt und die soziale Gerechtigkeit glauben und die sich dafür einsetzen, dass aus Spanien ein besseres Land wird.“ In Richtung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und des neuen französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy betonte Rajoy, die PP sei nach den nächsten Parlamentswahlen bereit, wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen. Er wolle sich dann der neuen Führung Europas anschließen.

Die überzeugend wieder gewählte Regionalpräsidentin von Madrid, Esperanza Aguirre forderte Ministerpräsident Zapatero im Angesicht des Wahlsieges dazu auf, die „Koffer zu packen“. „Wir haben den Sieg bei den nationalen Wahlen vorweggenommen“, so Aguirre.

Aber auch die PSOE sieht sich durchaus als Wahlsieger, denn – so PSOE-Organisationssekretär José Blanco - stelle die PSOE mehr Stadt- und Gemeinderäte als die PP. Dies bedeute einen deutlichen Zuwachs an Macht, bekräftigte Blanco. Zudem wies er darauf hin, dass der Vorsprung der PP an Stimmen nur auf Madrid zurückzuführen sei. Er sagte: „Wenn wir die Stadt Madrid ausschließen, hätte die PSOE in Spanien 250.000 Stimmen mehr gehabt als die PP.“ Sein Fazit zur Wahl war insgesamt positiv: „Zusammenfassend ist das Ergebnis dieser Wahl klar. Die PSOE kann substanziell auf lokaler Ebene und in den Provinzhauptstädten sowie in bei den Regionalregierungen zulegen. Wir haben unsere Wahlziele erreicht“. Ministerpräsident Zapatero wollte sich nicht zu Einzelheiten äußern, zeigte sich ebenfalls zufrieden mit dem Wahlergebnis: „Eine der großen Tugenden der Demokratie ist, dass ein Tag nach den Wahlen sowohl ich als auch die PP zufrieden sein können“. Die Sozialisten räumten allerdings ein, dass sie in Madrid ein „Problem“ hätten, welches die Partei in aller Ruhe analysieren müsse. Diese Ruhe allerdings wird die PSOE nicht haben, denn zwischenzeitlich ist der Machtkampf in Madrid voll entbrannt. Einige Madrider Sozialisten, die Regierungschef Zapatero und dessen Kandidat Miguel Sebastián für die schwere Niederlage verantwortlich machen, sind bereits vorgeprescht und haben Sebastián aufgefordert, auf seinen Sitz im Stadtparlament zu verzichten. Indes hat der unterlegene PSOE-Spitzenkandidat in der Region Madrid, Rafael Simancas, angekündigt, bei den nächsten Regionalwahlen nicht mehr als Kandidat zur Verfügung stehen zu wollen. Die PSOE in der Stadt und Region Madrid wird sich wohl vollkommen neu aufstellen müssen.

Nach der Präsidiumssitzung der PP in Madrid am Montagmorgen, kritisierte ein Parteisprecher die „Machtbegierde“ der PSOE. Blanco habe vermutlich unbewusst das ausgesprochen, was jeder bereits schon wisse, nämlich dass die PSOE und deren Chef Zapatero nur auf reine Macht aus sind. Um die Menschen kümmerten sich die Sozialisten nicht. Doch auch die PP bemüht sich durch Verhandlungen, in den strittigen Regionen möglichst die Macht zu behalten. Mariano Rajoy bot den Sozialisten einen Pakt an. Er vertrete die Auffassung, so der PP-Chef, dass immer die Partei die Regierung bilden sollte, die bei den Wahlen die meisten Stimmen erhalten habe. Wenn die Sozialisten dies respektieren würden, sei auch seine Partei bereit dazu. Im Klartext hieße dies, dass die PP die Regierung auf den Balearen, ihre Schwesterpartei UPN in Navarra und die PSOE auf den Kanarischen Inseln anführen würde. Die PSOE möchte zunächst abwarten und verhandeln. Allerdings wird die Situation für die PSOE besonders in Navarra kritisch. Vertreter des regionalen Parteienbündnisses „Nafarroa Bai“ erklärten, nur dann eine Koalition mit der PSOE eingehen zu wollen, wenn dies auch im Stadtrat der Hauptstadt Pamplona geschehe. Dort wäre eine solche Koalition dann jedoch auf die Stimmen von ANV angewiesen. PSOE-Organisationssekretär José Blanco sagte, es gebe „keinerlei Möglichkeit der Verständigung“ wenn eine von ANV abhängende Koalition in Pamplona die Bedingung für eine Koalition in Navarra sei.

Die katalanische CiU deutete am Montagmorgen an, die positive Analyse der Wahlen durch die Sozialisten nicht teilen zu wollen. Mit dem Zugewinn an Stadt- und Gemeinderäten für die PSOE wolle die Partei lediglich die Tatsache kaschieren, dass Ministerpräsident Zapatero selbst gescheitert sei. Vor allem in Madrid bedeute das Wahlergebnis ein „persönliches Scheitern“ von Zapatero, sagte der Christdemokrat Josep Antoni Duran i Lleida im Namen der CiU. Ihm zufolge sollte sich der Ministerpräsident darüber im Klaren sein, dass „dieses Scheitern mehr sein eigenes als das seiner Partei ist“. Mit dem Ergebnis der Kommunalwahl zeigte sich Duran i Lleida zufrieden, auch wenn Tarragona für seine Partei verloren gegangen war. Für ihn sei erfreulich, dass das Ziel der Linksparteien, die CiU zu zerstören, misslungen sei. Im Gegenteil: die Partei sei eher gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen.

Der Chef der verbotenen Batasuna-Partei, Arnaldo Otegi, bezeichnete die Wahl als „undemokratisch“. Ein Teil der Wähler hätten ihre Kandidaten nicht wählen können, da der Staat diese durch Ausschluss von den Wahllisten „zum Schweigen gebracht“ hätte. Die linksradikale Abertzale hätte vor diesem Hintergrund „nie da gewesene Ergebnisse“ erzielt, so Otegi.

Auch das „Foro Ermua“, eine Bürgerinitiative gegen den ETA-Terrorismus⁴, kritisierte in einer Stellungnahme die mangelnde demokratische Qualität der Wahlen – wenn auch aus der völlig entgegen gesetzten Perspektive. Aufgrund der fortgesetzten tätlichen Angriffe durch ETA- und Batasuna-Anhänger hätten die verfassungsmäßigen Kandidaten ihren Wahlkampf konstant in einem Klima der „Einschüchterung und Aggression“ und unter einem „absoluten Mangel an Freiheit“ führen müssen. Zudem gebe es Zehntausende von Basken, die wegen des Terrorismus aus ihrer Heimat hätten fliehen müssen und die nicht an den Wahlen in den baskischen Gemeinden teilnehmen konnten. Aus diesem Grund könne man nicht davon sprechen, dass „diese Wahlen den Willen aller Basken“ zum Ausdruck gebracht hätten. „Foro Ermua“ klagt die Regierung Zapatero an, „die Rückkehr von Batasuna und ETA in die Institutionen begünstigt“ zu haben und interpretiert den Wahlverlust der PSOE als Strafe für deren „Politik der Besänftigung und des Nachgebens gegenüber ETA“.

Schlussfolgerungen

1. Beide großen politischen Kräfte sind die Lokal- und Regionalwahlen vor allem im Hinblick auf die spätestens im März 2008 stattfindende nationale Parlamentswahl angegangen, zumal sich in den vergangenen zwanzig Jahren immer wieder gezeigt hat, dass die Partei die Nationalwahlen gewinnen wird, die bereits in den vorangegangenen Regional- und Kommunalwahlen gewonnen hat. Man erhoffte sich von den Ergebnissen Hinweise auf die Chancen eines Regierungswechsels oder eines erneuten Mandates für die Zapatero-Regierung. Die Wahlergebnisse geben in diesem Zusammenhang jedoch keinen klaren Fingerzeig. Deshalb gilt: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Die katalanische Zeitung „La Vanguardia“ beschrieb trefflich die politi-

⁴ Ein ausführliches Interview mit Mikel Buesa, dem Vorsitzenden des „Foro Ermua“, im Vorfeld der Wahlen findet sich auf der Homepage der KAS Madrid unter:
http://www.kas.de/proj/home/pub/10/1/year-2007/dokument_id-10979/index.html.

sche Situation in Spanien mit dem Worten: „Es ist wie in einer Fußball-Liga. Alles ist möglich und wir kennen bis zur letzten Minute den Sieger nicht“.

2. Mariano Rajoy ist in seinen Ambitionen auf das Amt des Ministerpräsidenten insgesamt gestärkt worden. Die PP hat gezeigt, dass sie wieder Wahlen gewinnen kann. Allerdings sollten sich die Partei und ihr Spitzenkandidat nicht zu sicher fühlen. In Umfragen attestiert die Mehrheit der Spanier Rajoy weiterhin mangelnde Führungsstärke. Im Wahlkampf ist es ihm nicht ausreichend gelungen, alle in seiner Partei zu disziplinieren und auf eine moderate Rhetorik einzuschwören. Dies wird jedoch notwendig sein, um bei den nächsten nationalen Parlamentswahlen eine echte Chance auf die Regierungsübernahme zu haben. Eine zu aktive Wahlhilfe des ehemaligen Ministerpräsidenten José María Aznar ist in diesem Zusammenhang eher kontraproduktiv. Noch leidet die Partei unter den Auswirkungen der Parlamentswahlen vom 14. März 2004. Zudem herrschen weiterhin parteiinterne Machtkämpfe hinter den Kulissen, die zwischen Aznar- und Rajoy-Anhängern ausgetragen werden. Dennoch versucht die PP immer wieder, das Bild einer geschlossenen Partei abzugeben. Die Wahlergebnisse stärken zwar Rajoys Rücken, doch die alten Probleme bestehen weiter. Umso wichtiger ist es nun, dass Rajoy Führung zeigt und deutlich seinen Führungsanspruch innerhalb der Partei bekundet. Eine personelle Veränderung ist zum jetzigen Zeitpunkt ausgeschlossen, jedoch ist jetzt für Rajoy die Zeit gekommen, seine Strategie der Glaubwürdigkeit und Moderation in der Innen- und Außenpolitik durchzusetzen. Bislang fehlte ihm der Mut dazu aus Angst, die konservativen Anhänger Aznars zu vergraulen. Ihm ist bewusst, dass ein einziges Wort Aznars seinen politischen Tod bedeuten könnte. Daher vermeidet er den offenen Kampf. Zu oft hat er gegenüber den Aznar-Anhängern nachgegeben und den „Wadenbeißern“ der PP, namentlich Generalsekretär Ángel Acebes und Fraktionsvorsitzender Eduardo Zaplana, das Feld überlassen. Dies führte zu dem öffentlichen Vorwurf, er sei führungsschwach. Dennoch muss man ihm zugute halten, dass er es geschafft hat, die Partei hinter sich zu bringen, denn über eine Ablösung Rajoys als PP-Spitzenkandidat wird parteiintern nicht diskutiert.
3. Das Wahlergebnis spiegelt insgesamt die politische Situation der „crispación“, der Spaltung zwischen Regierung und Opposition, wider. Die Polarisierung des Wahlvolks hat die Fronten zwischen den politischen Gegnern erstarren lassen. Einiges spricht dafür, dass die politische Kraft bei den nächsten Wahlen erfolgreich sein wird, der es gelingt, diesen Dualismus zu brechen und Brücken zu bauen.
4. Ministerpräsident Zapatero ist angeschlagen, aber nicht erst seit diesen Wahlen. Denn erst jetzt zeigen sich die negativen Auswirkungen seiner Antiterrorpolitik, die durch den Bombenanschlag auf dem Madrider Flughafen Ende Dezember 2006 und der Freilassung des ETA-Topterroristen Ignacio de Juana Chaos aus der Haft verursacht wurden. Die Regierung hatte diese Vorfälle bisher geschickt kaschieren können, indem er immer wieder auf die „Lügen“ und „Verschwörung“ der PP hingewiesen hatte. Die jetzigen Wahlen haben ihm – trotz zahlreicher Zugewinne in den Kommunen - empfindliche Niederlagen in den ehemaligen Hochburgen der PSOE beschert. Besonders

die Wahlniederlage seines engen Vertrauten Miguel Sebastián in Madrid ist für ihn eine persönliche Niederlage. Zwar rechnete kaum einer mit einem Wahlsieg Sebastiáns, doch erhoffte man sich in der Partei zumindest, die absolute Mehrheit der PP zu brechen. Dass die Niederlage so verheerend für Sebastián ausfiel, wirkt nun wie ein Schock auf die PSOE. Darüber hinaus haben sozialistische Kandidaten gute Wahlergebnisse erzielt, die nicht unbedingt zu den engsten politischen Verbündeten des Ministerpräsidenten zählen. Darunter befindet sich der PSOE-Spitzenkandidat auf den Kanarischen Inseln, Juan Fernando López Aguilar, der lieber in Madrid als Justizminister geblieben wäre als auf die Inseln „verbannt“ zu werden.

5. Die Sozialisten waren der Ansicht, sie könnten wie im Jahr 2004 die zahlreichen Nichtwähler mobilisieren. Dies gelang ihnen jedoch nicht, wie die geringe Wahlbeteiligung zeigte. Die Wiederauflage der Anti-Irak-Kampagne aus dem Wahlkampf 2004 sowie die Erinnerung an die Bombenanschläge vom 11. März 2004 haben sich eher als kontraproduktiv erwiesen, zumal die Sozialisten der PP ständig vorwarfen, in die Vergangenheit statt in die Zukunft zu schauen. Diesen Fehler hat die PSOE nun selbst gemacht. Möchte die PSOE im Hinblick auf die Parlamentswahl erfolgreich sein, muss sie neue Themen finden.
6. Die regionalen und kommunalen Machtverhältnisse haben sich etwas zu Gunsten der Sozialisten verlagert. Diese Verschiebung ist jedoch für die PP insgesamt ob des nationalen Stimmenzuwachses recht gut verkraftbar. Allgemein zeigt das Ergebnis der Wahl vor allem, dass die regierenden Parteien ihre Gebiete halten konnten, woran selbst Korruptionsskandale (mit der bemerkenswerten Ausnahme von Marbella) nichts ändern konnten. Die Wahlerfolge in Madrid und Valencia verdankt die PP nicht alleine den dort populären Amtsinhabern und dem Amtsbonus. Vielmehr konnten die Wähler wirtschaftliche Fortschritte erkennen und selbst auch spüren. In beiden Regionen sowie in den Städten Valencia und Madrid löste die dortige Politik einen Wirtschaftsboom enormen Ausmaßes aus. Zwar haben sich beide Städte hoffnungslos verschuldet, was jedoch nicht zur Sprache kam. Die Teilhabe der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger am wirtschaftlichen Aufstieg und Wohlstand machte die Wahlentscheidung jedoch leicht. Bereits im Vorfeld der Parlamentswahlen 2004 war deutlich geworden, dass die regierende PP aufgrund der wirtschaftlichen Erfolge wieder gewählt werden würde. Erst die Anschläge vom 11. März 2004 und die geradezu stümperhafte Handhabung derselben durch die Aznar-Regierung verhinderten die Wiederwahl der Konservativen.
7. Besorgniserregend am spanischen Wahlprozess sind vor allem die Vorgänge im Baskenland. Der offen von Batasuna unterstützten linksextremistischen Partei ANV ist es gelungen, in die Institutionen einzudringen und lokale Macht zu erringen. Schuld daran ist auch der mangelnde politische Willen der sozialistischen Regierung, dies zu verhindern. Die extremistische Partei ANV erhält jetzt Anspruch auf beträchtliche staatliche Mittel im Rahmen der Parteienfinanzierung. Im Wahlkampf für ANV ist die verbotene Batasuna zu altbekannten Mitteln wie Einschüchterung und Erpressung zurückgekehrt.

Die Gewalt ist wieder zurück auf den Straßen des Baskenlandes – und eine Lösung des ETA-Problems scheint wieder ein Stück weiter entfernt.

8. Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero steht eine schwere Zeit bevor. Ihm ist es nicht gelungen, die Volkspartei zu „dämonisieren“. Die „crispación“ in Spanien hat damit genau das Gegenteil dessen bewirkt, was die Regierung in Madrid bezwecken wollte. Die Stammwählerschaft der PP steht geschlossen hinter ihrer Partei. Auch wenn Zapatero sich auf seine eigenen Stammwähler verlassen kann, zeigt diese Situation doch, dass Spanien politisch und ideologisch exakt in der Mitte geteilt ist. Die alten Themen ziehen nicht mehr und mobilisieren lediglich die Stammwähler, die die Partei sowieso nicht mehr überzeugen muss. Hinzu kommt, dass die alten Probleme (Bekämpfung der ETA, Zunahme des Separatismus und regionalen Nationalismus) weiter ungelöst bleiben und sich unter Zapatero sogar verschärft haben. Wie diese Probleme nach der Wahl angegangen werden müssen, weiß vermutlich die Regierung selbst nicht. Daraus könnte politischer Stillstand bis zu den nächsten Parlamentswahlen in Spanien folgen. Tritt dieser Zustand ein, womit zu rechnen ist, dann wird es wohl zu vorgezogenen Parlamentswahlen kommen. Die Gerüchte diesbezüglich mehren sich, doch letztendlich bestimmt allein Zapatero über den Wahltermin.

Michael Däumer / Sebastian Grundberger